Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

(Vom 19. Oktober 1866.)

Der Bundesrath hat beschlossen, den von Hrn. Professor Zangger in Zürich über den Stand der Kinderpest in den Kantonen Graubünden und St. Gallen erstatteten Bericht (Seite 73 hievor) sämtlichen Kantonsregierungen in gehöriger Anzahl mit folgendem Kreis Schreiben zu übersenden.

„Tit.!

„Wir haben die Ehre, Ihnen einige Exemplare desjenigen Berichtes einzubegleiten, welcher über die glücklicherweise nur sporadisch aufgetretene Kinderpest von unserm Spezialbevollmächtigten, Herrn Professor Zangger, erstattet worden ist.

„Der beruhigende Inhalt dieses Rapportes berechtigt zu der Hoffnung, daß wir in Kurzem in den Stand gesetzt sein dürften, Ihnen vom gänzlichen Aufhören der Seuche, sowie von der Aufhebung der getroffenen außerordentlichen Maßregeln Kenntniß geben zu können.“

Ferner beschloß der Bundesrath, daß der gedachte Bericht auch den Regierungen unserer Nachbarstaaten (nebst England, Belgien und Holland) übermacht werden solle, mit der Erklärung, daß außer den im Berichte genannten Orten keine einzige weitere Ortschaft in der Schweiz Fälle von Kinderpest gehabt habe, und daß mit Rücksicht auf die geringe Verbreitung derselben und die strenge Absperrung der infizirten Bezirke, sowie den bisherigen beruhigenden Erfolg der von den schweizerischen Behörden getroffenen strengen Maßnahmen, baldige Milderung und Aufhebung der von den genannten Staaten gegen die Schweiz verfügten Sperrmaßregeln gehofft werden dürfe.

(Vom 22. Oktober 1866.)

Veranlaßt durch eine Anzeige, daß Jesuiten in Sitten als Lehrer angestellt seien, hat der Bundesrath an die Regierung des Kantons Wallis folgendes Schreiben gerichtet:

„Tit.!

„Es ist uns zur Kunde gekommen, daß Angehörige des Jesuitenordens an einer Lehranstalt der Stadt Sitten angestellt seien und gegenwärtig in der Eigenschaft als Lehrer daselbst wirken.

„Gestützt auf Artikel 58 der Bundesverfassung *) laden wir Sie ein, uns hierüber beförderlich Bericht zu erstatten und Auskunft zu geben, inwiefern obige Anzeige begründet erscheine.“

Das eidg. Postdepartement ist vom Bundesrath ermächtigt worden, vom 1. November d. J. an bis zum Wiederbeginn der Dampfbootsfahrten zwischen Luzern und Rüschnacht einen Doppelfurs anstatt des einfachen zwischen Luzern und Arth zu erstellen.

(Vom 24. Oktober 1866.)

In Ausführung vom Art. 7 die internationalen Uebereinkunft von Genf für Verbesserung des Looses der im Kriege verwundeten Militärs hat der Bundesrath beschlossen:

1. Das Militärdepartement wird beauftragt, bei Anlaß seiner Vorschläge für das ordentliche Budget für das Jahr 1867 die Anschaffung der nöthigen nationalen und internationalen Fahnen und der internationalen Armbinden für die Spitäler und Ambulancen und deren Material vorzusehen.

2. Für die Verbandplätze haben die Kantone die Fahnen zu liefern, indem sie die Corpsausrüstung der Infanterie-Bataillone und Halbbataillone um je eine nationale und internationale Fahne vermehren.

Ebenso haben die Kantone die internationalen Armbinden für die Corpssärzte, Feldprediger und Frater anzuschaffen.

Das Militärdepartement wird den Kantonen über die Ordnung der Abzeichen die nöthigen Mittheilungen zugehen lassen.

Der Bundesrath hat der kais. französischen Gesandtschaft in der Schweiz, auf ihr unterm 10. Juli d. J. gestelltes Gesuch hin, Auskunft über die in der Schweiz bestehende Seidenzucht gegeben.

Aus den hiefür aus den Kantonen eingezogenen Berichten ergibt es sich, daß bisher mehr und weniger Seidenzucht getrieben wurde in den Kantonen Zürich, Luzern, Schwyz, St. Gallen, Graubünden, Argau, Tessin und Wallis.

*) Dieser Artikel lautet also: „Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten „Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden.“

Kleinere und größere Versuche in der Seidenzucht, hauptsächlich in der Pflanzung des Maulbeerbaumes und im Erziehen der Seidenwürmer, haben gemacht die Kantone Bern, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell, Thurgau, Waadt und Genf.

Das letzte Jahr war der Seidenzucht sehr ungünstig, und die durch Frankreich aus Japan erhaltenen Seidenwürmer entsprachen den gehegten Erwartungen nicht.

Das Schweiz. Postdepartement ist vom Bundesrath ermächtigt worden, mit den Regierungen der Kantone Thurgau und St. Gallen über Errichtung von Telegraphenbüreau in Hauptweil, Wängi und Thal in Unterhandlung zu treten, und unter den in der Verordnung vom 6. August 1862 enthaltenen Bedingungen Verträge abzuschließen.

Der Bundesrath wählte

(am 19. Oktober 1866)

- als Zollkassendirektor in Rheineck: Hrn. Jakob Ufenast, von Stäfa (Zürich), bish. Kassendirektor der Hauptzollstätte Haag (St. Gallen);
- " " " St. Margrethen: Hrn. Jakob Böni, von Amden (St. Gallen), derzeit Kassendirektor der Nebenzollstätte Steinach (St. Gallen);
- " Posthalter in Märstetten: Hrn. Johannes Musderau, von und in Märstetten (Thurgau);
- " Postkommissar in Zürich: " Heinrich Vogt, von Illnau (Zürich), bish. Gehilfe auf dem Hauptpostbüreau Zürich;

(am 26. Oktober 1866)

- als Telegraphist in Genf: Hrn. Alfred Furrer, von Hittnau (Zürich), Telegraphenassistent II. Klasse.
-

Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1866
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	47
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.10.1866
Date	
Data	
Seite	94-96
Page	
Pagina	
Ref. No	10 005 273

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.